

Schäfer, Dorothea

Article

Wer im Glashaus sitzt ...

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schäfer, Dorothea (2017) : Wer im Glashaus sitzt ..., DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 84, Iss. 27, pp. 572-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/162896>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Prof. Dr. Dorothea Schäfer, Forschungsdi-
rektorin Finanzmärkte am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin
wieder.

Wer im Glashaus sitzt...

Zwei von der EZB beaufsichtigte italienische Banken, die Veneto Banca und die Banca Popolare di Vicenza, werden zerschlagen. Die „guten“ Teile gehen für einen symbolischen Euro an die Großbank Intesa Sanpaolo. Die Verlustbringer kommen in eine Bad Bank. Der Rettungsfonds der italienischen Banken Atlante hat nach dem Stresstest 2014 mehrere Milliarden Euro Eigenkapital in die beiden Banken eingeschossen. Mit der Abwicklung verliert der Fonds, wie die anderen Aktionäre auch, seine Anteile. Zusätzlich werden die Besitzer von nachrangigen Bankanleihen herangezogen. Zum vollständigen Bail-In fehlen die vorrangigen Anleihebesitzer und die Einleger mit mehr als 100.000 Euro auf den Konten. Von letzteren dürfte es allerdings ohnehin nicht allzu viele geben. Die meisten Privatanleger haben wohl ihre Gelder längst über mehrere Banken gestreut, wenn sie denn in der glücklichen Position sind, mehr als die Summe zu besitzen, die pro Bank durch die Einlagensicherung abgesichert ist.

Beide Krisenbanken wurden 2014 als „bedeutend“ eingestuft und stehen seither unter EZB-Aufsicht. Trotzdem wird der Europäische Abwicklungsfonds nicht tätig. Stattdessen werden die Banken unter Anwendung nationaler Insolvenzregeln und unter massiver staatlicher Verlustübernahme abgewickelt. Das ist ein klarer Verstoß gegen den Geist der europäischen Bail-In-Regeln. Mit deren Inkrafttreten sollten Steuerzahlerinnen und Steuerzahler ja davor geschützt sein, zwangsweise die Kosten des Missmanagements üppig entlohnter Bankmanager zu übernehmen. Die Aufregung darüber, dass sich Italien unter Zustimmung der europäischen Aufsichtsbehörden über das Bail-In zumindest teilweise hinwegsetzt, ist groß in Deutschland. Die Kritik entzündet sich vor allem daran, dass sich Italien („wieder einmal“) nicht an die gemeinsamen Regeln hält.

Aber halten wir uns eigentlich selber daran? Die deutschen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haben in der Finanzkrise mehr als 200 Milliarden Euro zur Stützung jener Banken

bereitgestellt, die sich an windigen US-Subprime-Anleihen verhoßen hatten. Italiens Banken haben interessanterweise diesen Fehler gar nicht gemacht. Ihnen war die Gründung jener außerbilanziellen Investitionsvehikel verboten, die üblicherweise für das Engagement in US-Subprime-Anleihen genutzt wurden.

Italiens Banken sind durch die hartnäckige wirtschaftliche Malaise im Gefolge der Finanz- und Euroschuldenkrise in Schwierigkeiten geraten. Kreditausfälle schnellen in die Höhe, wenn über viele Jahre den Firmen die Nachfrage und den Menschen die Arbeitsplätze fehlen, und so haben Italiens Banken mit Bergen von faulen Krediten in ihren Büchern zu kämpfen. Etwa jeder sechste Bankkredit ist notleidend. Ein zweimaliger Wachstumseinbruch in „italienischer“ Dimension hätte wohl auch das deutsche Bankensystem vor extreme Herausforderungen gestellt. Wären unsere Regierung und die Aufsichtsbehörden unter solchen Umständen standhaft geblieben und hätten sich genau an das Bail-In-Prozedere gehalten? Sehr wahrscheinlich ist das nicht.

Die hiesigen Banken haben momentan das „Glück“, bei ansonsten brummender Wirtschaft nur mit einer hartnäckigen Schiffs- und Reedereikrise kämpfen zu müssen. Betroffen sind vor allem die Landesbanken in Norddeutschland. Die seit Jahren schwer kriselnde und bereits einmal gerettete HSH Nordbank steht auf Geheiß der EU-Kommission zum Verkauf. Im Dezember 2015, und damit nach Inkrafttreten des gemeinsamen EU-Abwicklungsregimes, haben Hamburg und Schleswig-Holstein eine gemeinsame Bad Bank gegründet, um die HSH Nordbank von belastenden Schiffskrediten zu befreien. Die Rettung der Landesbank wird trotz EU-Abwicklungsregime auf nationaler Ebene und auf Kosten der hiesigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler betrieben. Der gemeinsame Abwicklungsmechanismus samt Bail-In-Regeln spielt dabei keine Rolle. Wer im Glashaus sitzt ... Mit dem Einhalten der Bail-In-Regeln allein bekommt man die Krise im italienischen Bankensektor ohnehin nicht unter Kontrolle. Ein Plan, wie der Berg an faulen Krediten langsam aber sicher abgebaut werden kann, muss her.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Critje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Miranda Siegel
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Dr. Jan Goebel
Dr. Stefan Bach

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.